



Innenausschuss

86. Sitzung (öffentlich)

30. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1 Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11153

Stellungnahmen 16/3907, 16/3908, 16/3909, 16/3911m 16/3965
APr 16/1327

Der Innenausschuss **stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** dem **geänderten Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/11153** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen

die Stimmen der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP **zu**.

- 2 Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen** 11
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12120
- Kurze Aussprache. 11
- 3 Informationsfreiheit schützen - Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen** 12
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219
- Der Ausschuss diskutiert mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Frau Helga Block, sowie Herrn Arne Semsrott, Projekt "FragDenStaat" über verschiedene Fragestellungen. 12
- 4 Aktuelle Viertelstunde**
- „Gravierende Probleme bei der Aufstellung neuer Anti-Terror-Einheiten in Nordrhein-Westfalen?“** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) 19
- IdP Bernd Heinen (MIK) berichtet und beantwortet Fragen der Abgeordneten. 19
- 5 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen** 26
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379
- APr 16/1238
Stellungnahme 16/3913

Der **Ausschuss stimmt** dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - vgl. Drucksache 16/12370 - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss** stimmt sodann dem **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/10379 in der geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktionen der CDU und der Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

- 6 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 30**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

Stellungnahme 16/4004

Der **Ausschuss gibt kein Votum** zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/12117 ab**.

- 7 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung arbeits- und technischer Gefahrenschutz 38**

Vorlage 16/3952

Der **Innenausschuss** wurde angehört.

- 8 Entwurf einer Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten nach § 32 Absatz 1 des Gesetzes über die politischen Parteien 39**

Vorlage 16/4024

Die **Anhörung des Innenausschusses** ist erfolgt.

9 Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität verbessern 40

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10067

Ausschussprotokoll 16/1217

Der **Innenausschuss lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/10067** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

**10 Bargeld - Freiheit - Privatsphäre - PUNKT!
Keine Obergrenze für Barzahlungen! – Wehret der schleichenden
Abschaffung des Bargeldes und einem weiteren Schritt hin zum
Überwachungsstaat 42**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11217 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 16/1275

Der **Innenausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/11217 (Neudruck)** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion und der FDP-Fraktion **ab**.

**11 Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss
sicher sein - die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht
zum Spielball von Kriminellen im Netz werden! 43**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216

Ausschussprotokoll 16/1319

Der **Innenausschuss lehnt** den Antrag der Piratenfraktion **Drucksache 16/11216** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

- 12 Die Zukunftsfähigkeit von Politik und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen stärken - Engagement für die Initiative Open Government Partnership aufnehmen.** 45
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12107
- Kurze Aussprache 45
- 13 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken - mehr Sicherheit ermöglichen!** 46
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12121
- Theo Kruse (CDU) beantragt namens der CDU-Fraktion ein Sachverständigenanhörng. 46
- 14 Großbrand in Flüchtlingsunterkunft auf Düsseldorfer Messegelände (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage)** 47
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4073
- Diskussion 47
- 15 Dumpingausschreibungen und chaotische Eignungsprüfungen für Sicherheitsdienste in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage)** 56
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4068
- Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. 56

- 16 Verdeckte Lobbyarbeit für Wirtschaftsunternehmen bei nordrhein-westfälischen Polizeibehörden?** (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten; siehe Anlage) **57**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4074
- Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 16/4074** zur Kenntnis.
- 17 204. Sitzung der Innenministerkonferenz** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **58**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4069
- Aussprache **58**
- 18 EM-Krawalle in Frankreich durch Hooligans aus NRW** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; s. Anlage) **60**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4070
- Kurze Aussprache **60**
- 19 Neue Erlassvorgaben für die Diensthundeführer in NRW: Diensthundeführer künftig in colorierten Streifenwagen als uniformierte Einsatzstreife?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **61**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4071
- IdP Bernd Heinen (MIK) beantwortet Fragen der Abgeordneten. **61**

- 20 Aktuelle Erkenntnisse zum Anschlag auf den Sikh-Tempel** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; s. Anlage) **64**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4075
- Diskussion 64
- 21 Straftaten durch NAFRIS in Köln und Düsseldorf im Zeitraum 2. Januar 2016 bis 30. Juni 2016** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **73**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4076
- Aussprache 73
- 22 Eckpunkte zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Regeleinrichtungen des Landes NRW vom 22. September 2015, konkretisiert durch Handlungsempfehlungen je Eckpunkt vom 17. Mai 2016** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **74**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4028
- Kurze Aussprache 74

5 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

APr 16/1238
Stellungnahme 16/3913

Vorsitzender Daniel Sieveke verweist auf die öffentliche Anhörung vom 14. April 2016. Das Protokoll der Anhörung liege mit APr 16/1238 vor. Die Präsidentin des Landesrechnungshofes habe sich mit Stellungnahme 16/3913 eingebracht. Heute finde die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum statt. Er verweise auf den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - vgl. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses Drucksache 16/12370.

Der mitberatende Rechtsausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung sowohl für die Annahme des Änderungsantrags als auch für die Annahme des so geänderten Gesetzentwurfes votiert.

Thomas Stotko (SPD) betont, die Anhörung sei sehr positiv verlaufen. Der Änderungsantrag selber markiere zwei Punkte. Er verweise auf den gleichzeitig eingebrachten Entschließungsantrag von SPD und Grünen - Drucksache 16/12373 -, der zur Beratung hier nicht vorliege, in dem unter anderem ein kommunales Förderprogramm zur Verbesserung der elektronischen Verwaltung für kleine Kommunen gefördert werde. Er freue sich auf die Beratungen im nächsten Plenum.

Matthi Bolte (GRÜNE) erinnert daran, dass es sich um ein nicht kurzes, komplexes Gesetzesvorhaben handele, was heute im Ausschuss und nächste Woche im Plenum zum Abschluss geführt werde. Auch im vergangenen Jahr habe es ein Beteiligungsverfahren gegeben, an das er erinnern wolle, weil aus diesem Beteiligungsverfahren auch viele Anregungen aufgenommen worden seien.

In der letzten Plenarsitzung sei auf Antrag der CDU-Fraktion noch einmal über die Digitalisierung der Verwaltung diskutiert worden. Vor dem Hintergrund der Diskussion hebe er hervor, dass dieser Gesetzentwurf deutlich über die Vorgaben des Bundesgesetzes hinausgehe - zum Beispiel hinsichtlich der Verschlüsselungsverfahren, hinsichtlich der elektronischen Durchführung von Verwaltungsverfahren, der Einführung von E-Payment-Verfahren und Ähnlichem mehr. Das seien Vorgaben, die deutlich über das hinausgingen, was der Bund in seinem Gesetz geschrieben habe.

Da auch die Fristen in der Anhörung insbesondere Gegenstand gewesen sei, weise er darauf hin, dass man in einigen Umsetzungszeiträumen auch schneller sein werde als der Bund. Auch das sei erwähnenswert, was den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag angehe.

Er verweise auch auf den Entschließungsantrag Drucksache 16/12373, weil er einige Fragestellungen aufnehme, die in der Anhörung thematisiert worden seien, wozu man recht schnell mit den Sachverständigen zusammengekommen sei. Das betreffe Punkte wie beispielsweise Change Management, wie beispielsweise Anforderungen an zukunftsfähige Verwaltungsausbildung. Sie gehörten in dieses Gesetz zwar nicht hinein, aber seien für die Zeiträume, für die das Gesetz gemacht sei, dringend notwendig. Das werde in dem Entschließungsantrag herausgestellt. Auch sei eine Kritik aufgegriffen worden, dass man einen etwas verbindlicheren Umsetzungsplan in Form einer Roadmap bis 2031 brauche. Auch das werde man jetzt angehen.

Besonders erwähnenswert sei auch, dass man sich darauf verständigt habe, gerade auch vor dem Hintergrund, dass im kommunalen Raum schon sehr viel Bewegung sei, jetzt auch Förderstrukturen aufzubauen, um die Kommunen bei der Einführung der elektronischen Verwaltung zu unterstützen.

Abschließend bedanke er sich ausdrücklich bei der Landesregierung für den sehr gelungenen Entwurf. Er erinnere daran, dass es eine Reihe von Sachverständigen gegeben habe, die gesagt hätten, dass es ein vorbildlicher Gesetzentwurf sei, dass der Gesetzentwurf deutlich über das hinausgehe, was man vom Bund kenne, und deutlich über das hinausgehe, was man von anderen Ländern kenne. Dieser Einschätzung schließe sich seine Fraktion gerne an. Das erfreue sehr, weil er sich immer freue, wenn Nordrhein-Westfalen bei der Digitalisierung an der Spitze liege.

Frank Herrmann (PIRATEN) betont, die Piratenfraktion begrüße, dass NRW jetzt endlich ein E-Government-Gesetz bekomme und damit auch Rechtssicherheit für E-Akten in den Kommunen und dem Land geschaffen werde. Er begrüße auch, dass Open Data und Beteiligungsplattformen in das E-Government-Gesetz aufgenommen würden. Nun fehle leider alles Mögliche an allen Ecken und Enden. Das sei auch in der Sachverständigenanhörung klar herausgekommen. Das seien zum Beispiel fehlende Anreizfaktoren für externe Verpflichtungen zur E-Rechnung für öffentliche Auftragnehmer, ein Recht auf elektronische Kommunikation mit der Behörde sei nicht vorgesehen. Die Behörden hätten die Möglichkeit, bei Papierpost zu bleiben.

Herr Bolte habe einen Punkt angesprochen: die Unterstützung der Kommunen. Das sei gerade die offene Frage in der Anhörung gewesen. Es sei auch durch die Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände abzusehen, dass es nach jetziger Lage beim Wildwuchs bleibe. Jeder habe eigene Vorstellungen. Man hätte, wie das in anderen Bundesländern der Fall sei, zentrale Basisdienste mit in das E-Government-Gesetz aufnehmen können, die den Kommunen zur Nutzung zur Verfügung gestellt würden.

Jetzt versuche Rot-Grün, mit einem Entschließungsantrag alles plattzubügeln. Das betreffe die Vorstellungen, die Dinge, die eigentlich ins Gesetz hineingehörten - nicht nur in dieses Gesetz, auch in die Dienstrechtsreform -, Change Management, E-Akte, die elektronische Personalakte. Da habe man es auch nicht gemacht. Auch hier werde der letzte Schritt nicht gemacht.

Nun stelle Rot-Grün die Landesregierung, habe hier die Mehrheit. Es bringe hier nichts, Entschließungsanträge zu machen. Es müssten Gesetzesänderungsanträge gestellt werden. Man müsse die Landesregierung verpflichten, statt in einem Entschließungsantrag irgendwelche tollen Wünsche zu formulieren, die nicht realisiert würden. Man brauche das, was hier drinstehe. Man brauche halt die Unterstützung der Kommunen. Viele Kommunen in der Haushaltssicherung könnten sich den Umstieg auf E-Government überhaupt nicht leisten, selbst wenn sie im Endeffekt dadurch sparen würden. Das werde alles toll hineingeschrieben. Man wünsche sich von der Landesregierung, dass da Unterstützung komme. Das müsse man in das Gesetz hineinschreiben. Rot-Grün habe die Mehrheit und könnte die Gesetzesänderungsvorschläge machen. Es sei wirklich eine Farce, mit so einem Entschließungsantrag anzukommen. Das Gesetz sei nicht verkehrt. Es sei ein wichtiger Schritt, die E-Government-Schritte vom Bund hier auch im Land umzusetzen. Aber es fehle an allen Ecken und Enden. Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf heute ablehnen.

Theo Kruse (CDU) gibt an, es komme nicht oft vor, dass die CDU-Fraktion einigen Ausführungen der Piraten zustimme. Wenn Herr Herrmann die kommunalen Belange anspreche, dann erfahre das auch die Zustimmung seiner Fraktion.

So positiv, wie Herr Stotko es darstelle - Stichwort Sachverständigenanhörung -, habe die CDU-Fraktion das nicht in Erinnerung. Nicht zuletzt deswegen habe seine Fraktion im Rahmen der letzten plenaren Beratungen einen Antrag eingebracht mit dem Tenor, dass das Land insgesamt eine Digitalisierungsstrategie entwickeln müsse. Diese liege nicht vor. Er wolle jetzt auf die einzelnen Inhalte und Aspekte, die plenar damals angesprochen worden seien, nicht eingehen. Aber dieser Gesetzentwurf, ergänzt um den Änderungsantrag, könne die Zustimmung der CDU-Fraktion nicht erfahren, insbesondere deswegen, weil die kommunalen Belange deutlich zu kurz kämen.

Matthi Bolte (GRÜNE) führt aus, die Vorwürfe des Kollegen Herrmann seien in mehrerer Hinsicht falsch. Er habe unterstellt, dass die Landesregierung Beschlüsse des Parlaments nicht umsetze. Er habe gesagt, das sei alles nur Wunschkonzert, die Landesregierung werde das nicht umsetzen. Das stimme nicht. Wenn die Landesregierung einen Auftrag aus dem Parlament habe, gehe er davon aus, dass die den umsetze.

Es gebe den klaren Auftrag, ein Förderprogramm für Kommunen aufzulegen, die die Vorgaben des Gesetzes umsetzen würden. Das sei auch kein Wunschkonzert, sondern das sei ein klarer rechtlicher Rahmen, der vorgegeben sei. Dann zu behaupten, es werde Wildwuchs geben, wenn die Kommunen die Vorgaben aus dem Gesetz umsetzen würden, gehe an der Realität vorbei. Es werde behauptet, dass es keine rechtliche Grundlage für elektronische Kommunikation für Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung gebe, das stimme nicht. Das sei komplett in § 4 des Gesetzentwurfs sehr umfangreich geregelt. Vor diesem Hintergrund weise er die Kritik eindeutig zurück.

Herr Kruse habe eben die Kommunen angesprochen. Es sei ausdrücklicher Wunsch der kommunalen Spitzenverbände gewesen, dass sie in dieser Form nicht in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen würden, sondern dass es diese Möglichkeiten

gebe, in eigener Verantwortung die Vorgaben des Gesetzes umzusetzen. Im Übrigen seien in dem Prozess, der zu diesem Gesetzentwurf geführt habe, durch die kommunalen Spitzenverbände verfassungsrechtliche Bedenken ins Feld geführt worden, dass man damit unzulässig in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen würde, wenn man das komplett alles verbindlich machen würde, was in diesem Gesetzentwurf stehe. Er rate dazu, sich mit der Position der Kommunen auseinanderzusetzen und sich damit abzufinden, dass die Position der Kommunen umgesetzt worden sei.

Frank Herrmann (PIRATEN) stellt heraus, natürlich werde die Landesregierung einen Auftrag, auch wenn es sich um eine reine Entschließung handele, wenn sie mit Mehrheit beschlossen werde, ausführen. Die Frage sei immer nur wann und in welchem Umfang. Das werde sich irgendwann herauskristallisieren. Die Roadmap gehe bis 2031.

Der Entschließungsantrag, der eigentlich gar nicht zur Beratung anstehe, enthalte wichtige Dinge, die im Gesetz hätten drinstehen müssen. Diesen Punkt habe er eben angesprochen. In dem Entschließungsantrag stehe auch, dass über das Förderprogramm - das, wie auch immer ausgestattet sei -, über den Projektstand im Februar 2017 - wahlkampf-tauglich - berichtet werden solle. Er sage weiter nichts dazu. Man werde sich natürlich diesen Termin merken, keine Frage. Man werde sicherlich auch irgendeinen Bericht bekommen, wahrscheinlich werde es ganz toll sein, was die Landesregierung bis dahin gemacht habe.

Die Hauptpunkte, die in dem Entschließungsantrag aufgeführt worden seien, hätten in das E-Government-Gesetz hineingehört, damit man jetzt damit arbeiten könne, statt einen Projektbericht zum Wahlkampf 2017 hier aufzunehmen. So hätten auch verschiedene Dinge in der Dienstrechtsreform berücksichtigt werden müssen. Das sei der Kritikpunkt seiner Fraktion. Das seien alles Wunschträume und Wolkenkuckuckshäuser, bei denen man irgendwann sehen könne, was sich realisieren lasse. Da werde dem Bürger letztlich eine Wurst vor die Nase gehalten. Ob er die jemals bekomme, wisse man jetzt nicht. Jetzt wäre Zeit, das Gesetz zu ändern. Das sei nicht passiert. Seine Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen.

Der **Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag** der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - vgl. Drucksache 16/12370 - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss stimmt** sodann dem **Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/10379 in der geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktionen der CDU und der Piraten bei Enthaltung der FDP-Fraktion **zu**.